

Fragen

für die Fragestunde der 163. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 4. April 2001

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	63, 64	Dr. Kues, Hermann (CDU/CSU)	14, 49
Blank, Renate (CDU/CSU)	38	Lange, Christian (Backnang) (SPD)	61, 62
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU)	32, 33	Dr. Müller, Gerd (CDU/CSU)	66, 67
Deß, Albert (CDU/CSU)	8	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	68, 69
Doss, Hansjürgen (CDU/CSU)	23, 24	Ostrowski, Christine (PDS)	47, 70
Eymer, Anke (Lübeck) (CDU/CSU)	41, 42	Dr. Protzner, Bernd (CDU/CSU)	21, 22
Dr. Friedrich, Hans-Peter (Hof) (CDU/CSU)	6	Rauen, Peter (CDU/CSU)	19, 20
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	27, 43	Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm (CDU/CSU)	34
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	44, 45	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	56, 57
Girisch, Georg (CDU/CSU)	9, 40	Scherhag, Karl-Heinz (CDU/CSU)	16, 17
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	53, 65	Schorlemer, Reinhard Freiherr von (CDU/CSU)	31
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	18, 50	Siemann, Werner (CDU/CSU)	28, 29
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	1, 11	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	7
Holetschek, Klaus (CDU/CSU)	3, 4	Straubinger, Max (CDU/CSU)	5, 46
Kalb, Bartholomäus (CDU/CSU)	12	Strebl, Matthäus (CDU/CSU)	48
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar (CDU/CSU)	13, 51	Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	36, 37
Klaeden, Eckart von (CDU/CSU)	30	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	25, 26
Dr. Kolb, Heinrich L. (F.D.P.)	52	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	15, 60
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	54, 55	Wöhrl, Dagmar (CDU/CSU)	58, 59
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	2, 35	Wolf, Aribert (CDU/CSU)	10
Kraus, Rudolf (CDU/CSU)	39		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU) In welcher Form begleitet die Bundesregierung die für das Kernkraftwerk Temelin durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verfahren und insbesondere die Behandlung der vorgebrachten Fragen und Einwände durch die tschechischen Behörden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

2. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die von dem ehemaligen Berater des seinerzeitigen tschechischen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus, Prof. Bohumil Dolezal, unter der Überschrift „Wir bereuen“ vorgelegte Erklärung bekannt, die die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei verurteilt, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Überlegungen und die Unterstützer dieser Erklärung stärker in den deutsch-tschechischen Dialog, z. B. im Rahmen des gemeinsamen Gesprächsforums, einzubeziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

3. Abgeordneter
**Klaus
Holetschek**
(CDU/CSU) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung, inwieweit deutsche Patienten Reha-Einrichtungen im Ausland in Anspruch nehmen und welche Kosten dabei für die deutschen Versicherungsträger entstehen?
4. Abgeordneter
**Klaus
Holetschek**
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Benachteiligung deutscher Reha-Einrichtungen, nach der andere EU-Staaten Reha-Maßnahmen in Deutschland nicht unterstützen, zu beseitigen, und sind die jetzigen Regelungen diesbezüglich überhaupt EU-konform?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

5. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU) In welchem Ausmaß wirken sich die Verschlechterungen der Abschreibungsbedingungen für Gebäude sowie die Verlängerung der Spekulationsfrist für die Besteuerung von Immobilienveräußerungen auf die Wohnungsbautätigkeit in Deutschland aus?
6. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Wohnungswirtschaft, wonach die Mietrechtsreform auf Grund ihrer nachteiligen Tendenz für Vermieter, z. B. der Einführung asymmetrischer Kündigungsfristen, zu einem weiteren Rückgang des Mietwohnungsbaues führen wird?
7. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) Welche Folgen hat die Rückführung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau zum einen für die Wohnraumversorgung sozial Schwacher und zum anderen für die deutsche Bauwirtschaft?
8. Abgeordneter
Albert Deß
(CDU/CSU) Trifft es zu, dass bei der vom Bund zu finanzierenden Infrastruktur derzeit der Substanzverlust größer ist als das Neubauvolumen, und wenn ja, teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass ein derartiges Leben von der Substanz den Bundeshaushalt langfristig wesentlich teurer zu stehen kommt, als wenn die Infrastruktur gleichmäßig und bedarfsgerecht unterhalten und ausgebaut wird?
9. Abgeordneter
Georg Girisch
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung in der Tatsache, dass öffentliche Bauaufträge in den letzten Jahren fast ausschließlich an den billigsten, meist nicht kostendeckend bietenden Anbieter vergeben werden, woraus u. a. immer höhere Nachforderungen resultieren, ein Problem, und teilt sie die Auffassung, dass das billigste Angebot keineswegs stets das wirtschaftlichste Angebot ist?
10. Abgeordneter
Aribert Wolf
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung die in anderen Staaten unternommenen Versuche, die Bewertung von Bauangeboten zu verbessern, wie z. B. in den Niederlanden durch ein Vorsubmissionsverfahren,

und welchen gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung zur Verbesserung der Vergabepraxis in Deutschland?

- | | |
|--|---|
| 11. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Sollten nach Auffassung der Bundesregierung auch kommunale Beteiligungsgesellschaften die Verdingungsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A) anwenden, und ist hierzu eine gesetzliche Regelung sinnvoll? |
| 12. Abgeordneter
Bartholomäus
Kalb
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zur Verbesserung des Rechtsschutzes für bei öffentlichen Bauausschreibungen unterlegene Bieter unterhalb des EU-Schwellenwertes zu treffen? |
| 13. Abgeordneter
Dr.-Ing. Dietmar
Kansy
(CDU/CSU) | Welche in dem zwischen Bundesregierung und Bauwirtschaft im September 2000 vereinbarten 10-Punkte-Programm zur „Förderung und Verstärkung beschäftigungswirksamer Bautätigkeit“ angekündigten Maßnahmen sind zwischenzeitlich von der Bundesregierung umgesetzt oder in Angriff genommen worden?*) |
| 14. Abgeordneter
Dr. Hermann
Kues
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass der Wohnungsbau einschließlich des privaten Mietwohnungsbaus nach wie vor die wichtigste Sparte des Bauvolumens in Deutschland darstellt, die Auswirkungen der von ihr betriebenen Veränderung von Investitions-Rahmenbedingungen unter anderem durch Eingriffe in das Steuerrecht und Mietrecht, durch Abbau der Eigenheimförderung und der sozialen Wohnungsbauförderung sowie durch Ausgrenzung aus der zusätzlichen Altersvorsorge? |
| 15. Abgeordneter
Klaus-Peter
Willisch
(CDU/CSU) | Hat Bundeskanzler Gerhard Schröder die Absicht, sich für die Existenzhaltung der zahlreichen in Schwierigkeiten befindlichen mittelständischen Bauunternehmen ähnlich engagiert einzusetzen, wie für die Philipp Holzmann AG?**) |

*) siehe hierzu auch Frage 51

**) siehe hierzu auch Frage 60

- | | |
|---|--|
| 16. Abgeordneter
Karl-Heinz Scherhag
(CDU/CSU) | Wird Bundeskanzler Gerhard Schröder bei dem zweiten „Bündnisgespräch Bau“ am 5. April 2001 seine Vorstellungen zu einem „neuen Leitbild der modernen Bauwirtschaft im 21. Jahrhundert“ einbringen, und welche Bundesressorts waren bei der Erarbeitung beteiligt? |
| 17. Abgeordneter
Karl-Heinz Scherhag
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, ihre Vorstellungen auch dem Deutschen Bundestag zur Diskussion zu stellen? |
| 18. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU) | Wie hoch ist der Anteil ausländischer Bauunternehmen an den in Berlin zurzeit in Bau befindlichen Großprojekten des Bundes und worauf ist dieser Anteil zurückzuführen?*) |
| 19. Abgeordneter
Peter Rauen
(CDU/CSU) | Wie hat sich die zum 1. Januar 2000 vorgenommene Senkung der Einkunftsgrenzen für die Eigenheimzulage (von 120 000/240 000 DM auf 80 000/160 000 DM) auf den Neubau von Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen ausgewirkt? |
| 20. Abgeordneter
Peter Rauen
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, in wie vielen Fällen Unternehmen der Bauwirtschaft dadurch insolvent geworden sind, dass der Betriebsausgabenabzug von und der Vorsteuerabzug aus Zahlungen an Subunternehmer von der Finanzverwaltung mit der Begründung versagt worden ist, es handele sich bei den Subunternehmen um Scheinfirmen? |
| 21. Abgeordneter
Dr. Bernd Protzner
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge, die Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) überall dort zwingend vorzuschreiben, wo öffentliche Mittel, z. B. in Form von Steuerzuschüssen, gewährt werden? |
| 22. Abgeordneter
Dr. Bernd Protzner
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, dass der Hinweis mittelständischer Bauunternehmer auf das seit dem 1. Mai 2000 geltende Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen von säumigen (öffentlichen) Auf- |

*) siehe hierzu auch Frage 50

traggebern mit der Berufung auf die VOB beantwortet wird, die spezielle Zahlungsfristen enthalte, was die Fristen des neuen Gesetzes außer Kraft setze?

23. Abgeordneter
**Hansjürgen
Doss**
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass durch Vertragserfüllungsbürgschaften (10 Prozent), Gewährleistungsbürgschaften (5 Prozent) und Gewährleistungsfristen (in der Regel 5 Jahre) für Bauunternehmen ein beträchtliches Bürgschaftsvolumen entsteht, das die Liquidität der Bauunternehmen erheblich strapaziert und dass die dadurch verschärften Kredit- und Bonitätsprobleme die Kapitalbeschaffung extrem erschweren?

24. Abgeordneter
**Hansjürgen
Doss**
(CDU/CSU)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um mit verringerten Bürgschaftsvolumina die mittelständische Bauwirtschaft an dieser Stelle beispielsweise durch eine Senkung der Sicherheitsforderungen von öffentlichen Auftraggebern auf 3 Prozent zu entlasten?

25. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(Emmendingen)
(CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung gewährleisten, dass das dritte und vierte Gleis der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel zeitgleich mit der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) in der Schweiz im Jahr 2012 betriebsbereit ist, wenn bis heute die Planungen für die Streckenabschnitte zwischen Offenburg und Schliengen immer noch nicht vergeben sind, deren Einleitung laut Ankündigungen der Bundesregierung und der Deutschen Bahn AG für das Jahr 2001 vorgesehen waren?

26. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(Emmendingen)
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Planungen für das dritte und vierte Gleis zwischen Offenburg und Schliengen bislang deshalb nicht vergeben werden, weil der Bund die notwendigen Planungsmittel nicht bereitgestellt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

27. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU)
- In welchem Zeitraum war der heutige Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Claus Henning Schapper, Vorsitzender des Aufsichtsrats der staatlichen landeseigenen niedersächsischen Spielbankgesellschaft mbH und zugleich Staatssekretär des für die Spielbankenaufsicht zuständigen niedersächsischen Innenministeriums?
28. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Seit wann hatte der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Claus Henning Schapper, als Aufsichtsratsvorsitzender und für die Aufsicht zuständiger Innenstaatssekretär Kenntnis davon, dass durch betrügerisches Zusammenspiel einzelner Spielbankenmitarbeiter und von Gästen der Spielbank Hittfeld u. a. mittels Manipulationen an Spielgeräten ein Schaden zu Lasten des Landes Niedersachsen hat angerichtet werden können, der bei 10,0 Mio. DM liegen soll (vgl. stern vom 29. März 2001)?
29. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Was hat der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Claus Henning Schapper, unternommen, diese kriminellen Aktivitäten aufzuklären und die kriminellen Handlungen durch die zuständigen Behörden verfolgen zu lassen, um weitere zu verhindern?
30. Abgeordneter
Eckart von Kladen
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung zur Aufklärung des gegen den Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Claus Henning Schapper, im Magazin „stern“ vom 29. März 2001 erhobenen Vorwurfs eines Polizeibeamten des Landeskriminalamtes Niedersachsen, der lautet: „In den Fällen, in denen die mit Erlass von Kontrollen der Spielbanken zuständigen Beamten ‚uneinsichtig‘ waren, wurden gemeinsame Studienjahre des Aufsichtsratsvorsitzenden Staatssekretär Claus Henning Schapper und des Geschäftsführers bemüht. Dieses Beziehungsgeflecht endete erst mit Weggang des ehemaligen Staatssekretärs des Bundesministeriums des Innern nach Bonn.“?

31. Abgeordneter
Reinhard Freiherr von Schorlemer
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung zur Aufklärung des gegen den Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Claus Henning Schapper, im „stern“ vom 29. März 2001 erhobenen Vorwurfs, er habe Kenntnis gehabt, dass der von der Spielbank-Aufsicht im Dezember 1997 angewiesene Einbau einer Videoüberwachungsanlage in der Spielbank Hittfeld absichtlich nicht befolgt wurde, und er, Staatssekretär Claus Henning Schapper, habe in voller Kenntnis der Vorgänge nichts unternommen und erst nach seinem Weggang im Herbst 1999 sei eine erneute Verpflichtung zum Einbau der Überwachungsanlage erlassen worden?
32. Abgeordnete
Sylvia Bonitz
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung den Inhalt eines Vermerkes über eine Besprechung der Spielbankaufsicht mit dem Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Claus Henning Schapper, vom 4. März 1998 bestätigen, in dem zur Überwachung des Spielkasinos durch Videokameras die Auffassung des Staatssekretärs Claus Henning Schapper dazu mit den Worten festgehalten worden sein soll: „Insbesondere das Moment der Notwendigkeit sieht Staatssekretär Schapper nicht ohne weiteres.“ (vgl. stern vom 29. März 2001)?
33. Abgeordnete
Sylvia Bonitz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass in Anbetracht der erhobenen Vorwürfe – sollten sie zutreffen – der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Claus Henning Schapper, angesichts seiner Zuständigkeit im Bundesministerium des Innern u. a. für Verbrechungskämpfung und als Dienstvorgesetzter für mehr als 40 000 im Sicherheitsbereich tätige Beamte und Angestellte in seiner jetzigen Funktion verbleiben kann?
34. Abgeordneter
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnisse über den Umgang des aufsichtsführenden Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Claus Henning Schapper, mit dem Betrugsskandal (vgl. stern vom 29. März 2001) haben Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Bundesminister des Innern, Otto Schily, 1998 gehabt, als Claus Henning Schapper zum Staatssekretär der Bundesregierung ernannt wurde?

35. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie teilt die Bundesregierung die zur Förderung deutscher Minderheiten in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa einschließlich der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten vorgesehenen Hilfen auf die verschiedenen Länder in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr auf, und welche mittelfristige Entwicklung dieser Mittel plant die Bundesregierung?
36. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)
- Wie teilen sich die Kosten, die nach Presseberichten ca. 20 Mio. DM betrugen, für den einen Castor-Transport der vergangenen Woche auf (inkl. Kosten des Polizeieinsatzes – bitte separat aufschlüsseln), und welchen Anteil hiervon tragen der Bund und das Land Niedersachsen?
37. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Vorschläge macht der Bundesminister des Innern, Otto Schily, zur Kostensenkung und Erleichterung des Polizeieinsatzes für zukünftige Transporte vor dem Hintergrund seiner Äußerung (s. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. März 2001), die Polizeieinsätze zur Sicherung des Castor-Transportes nach Gorleben mit „der nötigen Entschiedenheit und Robustheit“ fortzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

38. Abgeordnete
Renate Blank
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, dass die von der Bundesregierung in letzter Zeit vorgestellten Investitionsprogramme im Verkehrsbereich, nämlich das „Anti-Stau-Programm“ sowie das aus UMTS-Zinserlösen zu finanzierende Zukunftsinvestitionsprogramm, nicht zu einer Erhöhung der Investitionsquote im Bundeshaushalt führen werden?
39. Abgeordneter
Rudolf Kraus
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind im Jahr 2001 die Investitionsquoten des Bundeshaushaltes und der 16 Länderhaushalte, und besteht zwischen der Investitionsquote im jeweiligen Bundesland und der Lage der dortigen Bauwirtschaft ein Zusammenhang?

40. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung – unter Berücksichtigung des Umstandes, dass die Abschreibungsmöglichkeiten für den Wohnungsneubau und für die Wohnungssanierung in den neuen Bundesländern zu einem Überangebot an Wohnraum geführt haben – die Einführung einer Abschreibungsmöglichkeit für den Umbau bestehender Häuser zu so genannten Null-Energie-Häusern oder für deren Neuerrichtung?
41. Abgeordnete
**Anke
Eymer
(Lübeck)**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfahrungen Großbritanniens, das inzwischen 20 % seines öffentlichen Investitionsvolumens privatwirtschaftlich vergibt und das auf diesem Wege über eine Einsparung von 17 % der Projektkosten Finanzierungsspielraum für weitere Infrastrukturprojekte schafft?
42. Abgeordnete
**Anke
Eymer
(Lübeck)**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, solche Konzepte auch in Deutschland voranzutreiben?
43. Abgeordneter
**Jochen-Konrad
Fromme**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass im Rahmen des geplanten Verkaufs von ca. 14 000 im Land Niedersachsen gelegenen Wohnungen eines großen Touristik Konzerns in Hannover, die gemäß §§ 4 und 5 des Veräußerungsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Touristik Konzern einer besonderen gegenüber dem Bund bestehenden Sozialbindung unterliegen, der Kaufpreis diesem Touristik Konzern bereits zugeflossen ist, obwohl weder die Bestandserfassung abgeschlossen ist noch die angekündigte öffentliche Ausschreibung, an der sich auch ein Konsortium aus Salzgitter beteiligen soll, veröffentlicht und durchgeführt ist und bisher kein entsprechender Kaufvertrag bekannt wurde?
44. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Fuchtel**
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Ausfall an auszusetzender Umsatzsteuer, wenn Steuerpflichtige Vorsteuerbeträge geltend machen, nachdem der Bundesfinanzhof (BFH) die Vorschrift des § 15 Abs. 1a Nr. 2 Umsatzsteuergesetz (UStG) als nicht mit europäischem Recht vereinbar und damit für nicht anwendbar erklärt hat (BFH, Urteil vom 23. November 2000, V R 49/00) und an der Rechtmäßigkeit der Änderungsvorschriften des § 15

UStG erhebliche Zweifel bestehen (Vorlagebeschluss an den Europäischen Gerichtshof vom 30. November 2000, V R 30/00)?

45. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Fuchtel**
(CDU/CSU)

Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung den Einnahmeausfall finanzieren?

46. Abgeordneter
**Max
Straubinger**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung angesichts der Taten und des Aufrufes von Mitgliedern der Organisationen „Greenpeace“ und „Robin Wood“ sowie von Bürgerinitiativen zu möglicherweise strafbaren Handlungen im Zusammenhang mit den Demonstrationen beim Castor-Transport deren Gemeinnützigkeit, welche die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden ermöglicht, überprüfen lassen?

47. Abgeordnete
**Christine
Ostrowski**
(PDS)

Welche Ausgleichsmaßnahmen sind nach Schließung des Bundeswehrstandortes Dranske/Bug seit dem Jahre 1991 an die Gemeinde und die Region Rügen geflossen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

48. Abgeordneter
**Matthäus
Strebl**
(CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um zu verhindern, dass es durch die Osterweiterung der Europäischen Union zu einem weiteren Rückgang der Zahl baugewerblicher Existenzen und deutscher Beschäftigter in der Baubranche kommt?

49. Abgeordneter
**Dr. Hermann
Kues**
(CDU/CSU)

Ist der Abbau der Beschäftigten im Baugewerbe seit 1999 bis Ende dieses Jahres um voraussichtlich 150 000 und damit erstmals unter die einer Million-Grenze nach Auffassung der Bundesregierung Ausdruck eines durch die Bundesregierung hinzunehmenden Strukturwandels und „Gesundschumpfungsprozesses“?

50. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die pessimistischen Konjunkturerwartungen der Verbände der Bauwirtschaft für 2001, wonach die Umsätze erneut zurückgehen und die Zahl der Arbeitsplätze im Bauhauptgewerbe unter einer Million fallen wird, und sieht sie aus diesem Grund politischen Handlungsbedarf?*)
51. Abgeordneter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, das Jahr 2000 sei „das schlimmste Jahr der Nachkriegsgeschichte“ für die Bauwirtschaft gewesen und dass in diesem Jahr ein weiterer Abbau von bis zu 50 000 Arbeitsplätzen zu befürchten sei?**)
52. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.)
- Welche konkreten Zahlen haben den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Werner Müller, veranlasst, auf seiner Dienstreise nach Kanada und den USA laut dem Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ vom 26. März 2001 zu erklären, dass viel mehr Beschäftigte ihren Anspruch auf Teilzeitarbeit anmelden als erwartet und besonders der Mittelstand unter dieser Entwicklung leide?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

53. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)
- Welche Gründe führt die Bundesregierung dafür an, dass die anstehende Zulassung von drei gentechnisch fortentwickelten Maissorten im Zusammenhang mit der Zulassung konventioneller Sorten in der ersten Märzwoche 2001 nicht erfolgt ist, und welche neuen Argumente hat die Bundesregierung, die bereits im vergangenen Jahr gegen die Unbedenklichkeitserklärung aller beteiligten Behörden und Wissenschaftler durch Inanspruchnahme einer Ausnahmeregelung verhinderte Zulassung der BT-Sorte 176 erneut nicht auszusprechen?

*) siehe hierzu auch Frage 18

**) siehe hierzu auch Frage 13

54. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.) In welcher Höhe beziffert die Bundesregierung die wirtschaftlichen Folgen von Exportverlusten durch die MKS-Impfung?
55. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.) Wie hoch beziffert die Bundesregierung die Kosten einer MKS-Impfung und ist die Bundesregierung bereit, diese zu übernehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

56. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU) Ist die laut Änderungsgesetz des Bundesversorgungsgesetzes vom 14. Januar 1998 vorgesehene Überprüfung von Kriegsbeschädigten und Kriegserwitwen auf ihre NS-Vergangenheit schon abgeschlossen?
57. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU) Sind bei der Überprüfung von ca. 430 000 Kriegsbeschädigten und ca. 550 000 Kriegserwitwen Ergebnisse zu verzeichnen, die die Streichung oder Kürzung von Rentenbezügen nach sich ziehen?
58. Abgeordnete
Dagmar Wöhrl
(CDU/CSU) Wie beabsichtigt die Bundesregierung dem Problem zu begegnen, dass ABM-Kräfte zunehmend im Hoch- und Tiefbau tätig sind und so in Konkurrenz zu auf dem ersten Arbeitsmarkt tätigen Bauunternehmen treten?
59. Abgeordnete
Dagmar Wöhrl
(CDU/CSU) Stellt die Bundesregierung Überlegungen an, ob und ggf. wie es möglich ist, Mittel aus ABM in kommunale Investitionen umzulenken?

- | | |
|---|--|
| 60. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU) | Wie hoch ist der Teil der Bauunternehmen in den neuen Bundesländern, die noch tarifgebunden sind und worauf ist es zurückzuführen, dass immer mehr Unternehmen nach Wegen suchen, um die Tarifbindung zu vermeiden bzw. sich daraus zu befreien?*) |
| 61. Abgeordneter
Christian Lange
(Backnang)
(SPD) | Hat die Bundesregierung gesicherte Erkenntnisse darüber, wie hoch der Anteil der Schwarzarbeit gemessen am Umsatz der Handwerksbetriebe in Deutschland ist? |
| 62. Abgeordneter
Christian Lange
(Backnang)
(SPD) | Wenn nein, wie schätzt die Bundesregierung den Anteil der Schwarzarbeit am Umsatz der Handwerksbetriebe in Deutschland ein? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|---|---|
| 63. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU) | Wie groß ist die Zahl der deutschen Soldaten, die seit dem Eingreifen der NATO in Bosnien auf dem Balkan verletzt wurden oder zu Tode gekommen sind? |
| 64. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU) | In wie vielen Fällen schweben wegen ungeklärter Entschädigungspflicht des Bundes Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren? |
| 65. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU) | Bestätigt die Bundesregierung die Meldung der Zeitschrift „FOCUS“ vom 26. März 2001, dass der Verkauf von Kasernen und Grundstücken der Bundeswehr durch die Einschaltung der Unternehmensberatung Roland Berger beschleunigt werden soll und dabei auch der hessische Standort Rotenburg/Fulda (nach der im FOCUS veröffentlichten Karte) zum Verkauf anstehen soll? |

*) siehe hierzu auch Frage 15

66. Abgeordneter
Dr. Gerd Müller
(CDU/CSU)
- Welche Pläne verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich der Verlagerung der Schule für Feldjäger von Sonthofen nach Hannover in Bezug auf den genauen Zeitpunkt der Verlagerung, die infrastrukturellen Ausgleichsmaßnahmen für die Region und Stadt und die Neuordnung der Standortverwaltung?
67. Abgeordneter
Dr. Gerd Müller
(CDU/CSU)
- Mit welchen finanziellen Hilfen durch die Bundesregierung können die Stadt Sonthofen und der Landkreis Oberallgäu bei der Verwertung der Liegenschaft und der Entwicklung neuer Nutzungsprojekte rechnen?
68. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Gefährdungssituationen, die sich aus Kabeinflügen von Hubschraubern ergeben, zukünftig auszuschließen, und welche Unfälle und Beinahe-Unfälle hätten durch eine Nachrüstung mit Kabelkapp- oder Hinderniswarnsystemen vermieden werden können?
69. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.)
- Wann plant die Bundesregierung ein gemeinsames Forum mit den einschlägigen Verbänden und Organisationen zu den aktuellen Entwicklungen und Problemen der wehrtechnischen Industrie, insbesondere dem dortigen Personalabbau, und welche weiteren Maßnahmen sind zur Konsolidierung dieses Wirtschaftsbereiches geplant?
70. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Trifft es zu, dass der bisher erhaltene Bundeswehr-Standort Varnkewitz bei Dranske gleichzeitig mit dem Standort Cölpin im Landkreis Mecklenburg-Strelitz geschlossen werden soll, und welche Ausgleichsmaßnahmen sind für den Fall für die Gemeinde Dranske und die Region Rügen vorgesehen?